



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Energiewirtschaft
Az.: 794-00/wi
Tel.: 0391/56531-40
weiss@landkreistag-st.de

17. August 2020

Rundschreiben Nr. 571/2020

Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen

Kurzfassung:

Das Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen, dass eine milliarden schwere Unterstützung der vom Kohleausstieg betroffenen Regionen vorsieht, ist am 14. August 2020 in Kraft getreten.

Das flankierend zum beschlossenen Kohleausstieg beschlossene Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen sieht finanzielle Unterstützungen von bis zu 40 Mrd. Euro für die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen vor. Damit soll der erforderliche Strukturwandel bewältigt, der Verlust von Arbeitsplätzen kompensiert und neue Chancen für eine nachhaltige Wirtschaft mit hochwertigen Beschäftigungen eröffnet werden.

Die Braunkohlereviere erhalten Finanzhilfen bis zu 14 Mrd. Euro. Davon entfallen

- 43 % auf das Lausitzer Revier (60 % für Brandenburg, 40 % für Sachsen),
- 37 % auf das Rheinische Revier und
- 20 % auf das Mitteldeutsche Revier (60 % für Sachsen-Anhalt und 40 % für Sachsen).

Die Hilfen können von den Ländern genutzt werden, um dort in wirtschaftsnahe Infrastruktur, öffentlichen Nahverkehr, Breitband- und Mobilitätsinfrastruktur oder Umweltschutz und Landschaftspflege zu investieren.

Zudem sind Hilfen in Höhe von 1,09 Mrd. Euro für strukturschwache Standorte von Steinkohlekraftwerken sowie die ehemaligen Braunkohlereviere Helmstedt und Altenburger Land vorgesehen. Von diesen Fördermitteln erhält

- Niedersachsen 157 Mio. Euro,
- Nordrhein-Westfalen 662 Mio. Euro,
- Mecklenburg-Vorpommern 52,5 Mio. Euro und
- das Saarland 128,5 Mio. Euro.



Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.kommunales-st.de>

Stadtparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

Auf die Reviere Helmstedt und Altenburger Land entfallen jeweils 90 Mio. Euro.

Förderfähig sind zudem Wilhelmshaven, Unna, Hamm, Herne, Duisburg, Gelsenkirchen, Rostock, Saarlouis und Saarbrücken.

Mit 26 Mrd. Euro unterstützt der Bund die betroffenen Regionen direkt - zum Beispiel durch Ausbau der Infrastruktur für den Schienen- und Straßenverkehr sowie die Ansiedlung zahlreicher Forschungseinrichtungen. In Bundeseinrichtungen sollen bis zum Jahr 2028 bis zu 5.000 Arbeitsplätze erhalten oder neu geschaffen werden.

Das Gesetz ist gemeinsam mit dem Gesetz zum Kohleausstieg am 14. August 2020 in Kraft getreten.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Theel'. The signature is stylized with a large, looped 'T' and a cursive 'heel'.

Theel